



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 07.11.2025

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 10. November 2025

Fokusthema: **Bildung**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen nach der Wahl eines neuen Mitglieds der KEVU über ein dringliches Postulat zur Klimastrategie des Kantons diskutieren und zwei zusätzliche Mitglieder des Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten wählen. Anschliessend stehen ausführliche Debatten über die Jahresberichte der Hochschulen und über eine Änderung des Bildungsgesetzes auf der Traktandenliste. Sollte danach noch Zeit verbleiben, wird der Rat ein paar Vorstösse behandeln, welche die Bildungsdirektion betreffen.

Dringliches Postulat zur langfristigen Klimastrategie des Kantons

SVP-Kantonsrat Paul von Euw will den Regierungsrat auffordern zu prüfen, wie die langfristige Klimastrategie des Kantons Zürich, in der das Klimaziel Netto-Null bis 2040 vorgesehen ist, dem Volksentscheid vom 28. September 2025 angepasst werden kann. Die Stimmbevölkerung hat in jener Abstimmung eine Änderung des Energiegesetzes abgelehnt, die auch das Netto-Null-Ziel 2040 enthielt ([KR-Nr. 317/2025](#)). Der Regierungsrat beantragt, das dringliche Postulat entgegenzunehmen. Weil es sich um ein dringliches Postulat handelt, wird es auch im Falle eines Ablehnungsantrags umgehend materiell behandelt.

Paul von Euw (SVP, Bauma), 079 126 91 91

Bestätigung von zwei Mitgliedern des Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten

Unumstritten ist die anschliessende Wahl zweier weiterer Mitglieder des Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten. Der Kantonsrat hat bereits Ende Juni mit 166 zu 0 Stimmen die Mitglieder des Schiedsgerichts für die Amtsdauer 2025–2031 gewählt. Weil auf der ursprünglichen Vorlage aus Versehen die Namen eines Kandidaten und einer Kandidatin gelöscht worden waren, muss der Rat diese nun auch noch wählen. Die Justizkommission (JUKO) beantragt einstimmig, den Wahlvorschlägen des Regierungsrates zu folgen und die vorgeschlagenen Personen zu wählen ([6003](#)).

JUKO-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

Jahresberichte der Fachhochschulen und der Universität sollen genehmigt werden

Ebenfalls nicht umstritten sind die Jahresberichte der Universität Zürich (UZH) ([6016](#)) und der drei Zürcher Fachhochschulen (ZFH) ([6015](#)). Die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Berichte zu genehmigen. Dennoch wird die Behandlung der beiden Geschäfte erfahrungsgemäss eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Die acht Fraktionen im Rat nutzen jeweils die Möglichkeit, um auf für sie relevante Punkte in den Berichten der UZH, der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und der Pädagogischen Hochschule (PHZH) hinzuweisen. Mit ihrer Berichterstattung zu den Jahresberichten der Hochschulen legt die ABG gleichzeitig Rechenschaft ab über ihre Tätigkeit im Rahmen der parlamentarischen Kontrolle. In ihrem Tätigkeitsbericht würdigt die ABG die zunehmende Akademisierung an der School of Management and Law (SML) der ZHAW kritisch. Bei der UZH kritisiert sie nicht offengelegte Interessenbindungen.

ABG-Präsidentin: Raffaella Fehr (FDP, Volketswil), 079 210 21 61

Stipendiengesuche sollen speditiver abgewickelt werden

Ausführlich debattieren dürfte der Rat auch über eine Änderung des Bildungsgesetzes, obschon die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) einstimmig beantragt, das Gesetz so zu ändern, dass Stipendiengesuche speditiver abgewickelt werden ([5982](#)). Die vom Kantonsrat 2015 beschlossene Stipendienreform hat ihre Ziele erreicht – mit Ausnahme der administrativen Vereinfachung. In der Folge wurden zwei Motionen mit derselben Stossrichtung eingereicht (KR-Nrn. 387/2022 und 388/2022). Die Vorlage der Regierung deckt das Anliegen mit verschiedenen Massnahmen ab und wurde von der Mehrheit der KBIK unverändert übernommen. Die Diskussion in der Kommission führte allerdings über die Verschlankung der Verfahren hinaus und mündete in verschiedene Minderheitsanträge zum System der Ausbildungsbeiträge an sich. So werfen etwa die Abschaffung der Darlehen bis zum 35. Altersjahr und der generelle Verzicht auf eine Verzinsung für FDP und SVP grundsätzliche politische Fragen auf, die auch zu einem Antrag auf Rückweisung führen. Die SP fordert unter anderem, dass Ausbildungsbeiträge nur noch als Stipendien und bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres ausgerichtet werden, und die Grünen lehnen Stipendien und Darlehen mit erhöhter Eigenleistung ab.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61
Minderheit Rückweisung: Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38
Minderheit SP: Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), 076 520 02 44
Minderheit Grüne: Livia Knüsel (Grüne, Schlieren), 076 576 09 22

Vorstösse zu schulergänzender Betreuung und Schulassistenten

Sollte der Kantonsrat vor Sitzungsende dazu kommen, wird er Vorstösse behandeln, welche die Bildungsdirektion betreffen. SP-Kantonsrätin Carmen Marty Fässler will mit ihrer Motion betreffend «Qualität der schulergänzenden Betreuung sicherstellen» den Regierungsrat auffordern, gesetzliche Rahmenbedingungen zu erlassen, damit bei der Anstellung von Betreuungspersonen in Tagesstrukturen einheitliche Qualifikationsbedingungen gelten ([KR-Nr. 102/2025](#)). SP-Kantonsrätin Patricia Bernet fordert mit der Motion betreffend «Schulassistenten mit Kompetenz», dass bei (Weiter-)Anstellungen von Assistenzpersonen im schulischen Bereich einheitliche Qualifikationsbedingungen gelten ([KR-Nr. 103/2025](#)). Der Regierungsrat beantragt, die Motionen abzulehnen.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), 043 377 05 38
Patricia Bernet (SP, Uster), 079 714 71 55

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht die Wahl eines neuen Mitglieds der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) an ([KR-Nr. 335/2025](#)). Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt Jonas Pfister (Grüne, Winterthur) als Nachfolger von Benjamin Walder vor. Der Wahlvorschlag ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch